



## Rückkehr der Mumien

Ex-Politgrößen wollen in Frankreich auf den Präsidentensessel. Seite 3

Foto: dpa/Eddy Lemaistre

## Digitale Parallelgesellschaften

Online leben viele Menschen in ihrer persönlichen politischen Filterblase. Seite 5

## Golzows neue Kinder

Aus Syrien vor die Kamera in Brandenburg. Seite 10

Foto: rbb/Markus Woller

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 9. September 2016

71. Jahrgang/Nr. 212

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT Verliehen und verschoben

Grit Gernhardt ärgert sich über die Behandlung von Leiharbeitern

Leiharbeiter werden besonders von Großbetrieben gern als Verschiebemasse benutzt. In Urlaubs- oder Hochkonjunkturzeiten können sie flexibel eingesetzt und anschließend wieder spurlos aus der Belegschaft entfernt werden. Sie haben weniger Rechte als fest angestellte Mitarbeiter – und kosten weniger. Deswegen dienen sie in vielen Firmen als Einsparpotenzial. Fast eine Million Zeitarbeiter sind in bundesdeutschen Betrieben beschäftigt, besonders in körperlich anstrengenden Branchen wie dem Maschinen- oder Fahrzeugbau.

Was die Unternehmer komplett ausblenden: Leiharbeiter sind keine Verschiebemasse und auch kein Einsparpotenzial, sondern oft hoch qualifizierte und gut ausgebildete Beschäftigte. Sie haben Familien, die sie ernähren, Rechnungen, die sie bezahlen, und Kredite, die sie bedienen müssen. Eine Anstellung als Zeitarbeiter drängt sie allzu oft in den Niedriglohnbereich, als Aufstocker zum Arbeitsamt und in eine ökonomisch unsichere Zukunft, die auch psychologisch verheerend sein kann. Und nicht einmal die Hoffnung auf Festanstellung verleiht ihnen die schlechten Bedingungen: Die Aussichten auf eine Übernahme sind gering.

Solange der Gesetzgeber es jedoch den Unternehmen erleichtert, die Stammebelegschaft sukzessive abzubauen und Leiharbeiter finanziell und arbeitsrechtlich schlechterzustellen, wird sich am Grundproblem nichts ändern. In den Betrieben herrscht längst eine Zweiklassengesellschaft – in der alle verlieren.

## UNTEN LINKS

Eines der großen ungelösten Rätsel der Menschheit: Warum glauben Politiker, sie könnten die Zahl der für sie abgegebenen Wählerstimmen signifikant erhöhen, wenn sie überall Plakate anbringen lassen, die ihre Physiognomie zeigen? Auf dem Foto stellen sie meist ein schmieriges, fast christianwulffeskes Grinsen zur Schau, das offenbar mitteilen soll: »Wenn du mich wählst, füge ich mich gerne vollständig deinen kranken sexuellen Wünschen.« Glauben sie so, mit Hypnoseblick und Betonfrisur, den Wähler von der Notwendigkeit der neuen Mülldeponie vor seinem Haus zu überzeugen? Hat es sich denn, um die Zuneigung eines Menschen zu gewinnen, in der Vergangenheit als so vielversprechend erwiesen, permanent neben ihm herzuzugehen und ihm dabei ein Foto von sich unter die Nase zu halten? Politiker scheinen das zu glauben. Vielleicht glauben sie auch, dass Cornflakes auf Bäumen wachsen oder Peter Sloterdijk ein Sexsymbol ist. Es ist nicht auszuschließen. tbl

## Technodoping in Rio

Bei den Paralympics entscheidet nicht nur Leistung, sondern auch das Material



Foto: Imago/Fotoarena/Mauricio Rummens

Berlin. »Möge der Bessere gewinnen!«, ist ein gern genutztes Motto im Sport, doch bei dem am Mittwoch eröffneten Paralympics in Rio de Janeiro muss es wohl leicht abgewandelt werden: »Möge der Reichere gewinnen!« 80 Prozent der Menschen mit einer Behinderung leben in Entwicklungsländern. Viele von ihnen verloren Gliedmaßen oder Augenlicht durch Kriege. Bei den Paralympics aber kommt fast die Hälfte aller Teilnehmer aus zehn wohlhabenden Ländern, die nun wohl auch die meisten Medaillen unter sich verteilen werden.

Eine gute Sportprothese kostet in Afghanistan schon mal so viel wie ein Familienauto.

Da haben es deutsche Athleten einfacher. Sie werden von Verbänden gefördert, wenn auch längst nicht so stark wie nichtbehinderte Leistungssportler. Viele lassen sich zudem zu Orthopädietechnikern ausbilden, um selbst am eigenen Material noch feilen zu können. »Bei uns zählt jedes Detail. Wenn im entscheidenden Wettkampf die Prothese nicht funktioniert, nützt das jahrelange Training nichts«, sagt Heinrich Popow.

Ja, der 33-jährige Leichtathlet trainiert auch professionell. »Am Ende läuft und springt immer ein Mensch«, warnt Thomas Abel, Behindertensportexperte der Sporthochschule

Köln davor, herausragende Leistungen nur auf das Material zu schieben. Eine gute Prothese allein hat Popow in London also nicht zum Paralympicsieger über 100 Meter gemacht. In Rio de Janeiro will er nun drei Mal ganz oben auf dem Podium stehen.

Die erste Goldmedaille bei den Leichtathletikwettbewerben gewann am Donnerstag dann aber doch kein Deutscher, sondern ein Kenianer: Samuel Mushai Kimani war über die längste Strecke im Stadion, den 5000 Metern, der Schnellste. Im Rennen der sehbehinderten Athleten brauchte er auch keine technische Hilfe. ok Seite 19

## Erdöl aus dem Regenwald

Ecuador startet umstrittenes Projekt im Yasuní-Nationalpark – Umweltschützer warnen

**Schwarzer Tag für den Klimaschutz weltweit: In einem Nationalpark im Amazonas-Gebiet begann nun die Ölförderung.**

Von Kurt Stenger

Ecuador hat mit der umstrittenen Ölförderung im Yasuní-Regenwald begonnen. Vizepräsident Jorge Glas nahm den sogenannten IIT-Block 43 offiziell in Betrieb, wie die Zeitung »El Telégrafo« in ihrer Onlineausgabe am Donnerstag berichtete.

Das IIT-Projekt ist benannt nach den Ölquellen Ishpingo, Tambococha und Tiputini, die bei Probebohrungen entdeckt worden waren. Erst Ende Juli hatte das ecuadorianische Staatsunternehmen Petroamazonas EP bisher unbekanntes Ölvorkommen in der Größenordnung von etwa 750 Millionen Barrel (à 159 Liter) lokalisiert. Insgesamt hofft man, hier mindestens 1,7 Milliarden Barrel fördern und damit 19,5 Milliarden

US-Dollar Erlösen zu können. An dem Förderprojekt ist der chinesische Ölkonzern Sinopec mit Know-How und Geld beteiligt.

Vizepräsident Glas sprach von einem »Reichtum für das gesamte ecuadorianische Volk«. Die Förderung biete »eine große Chance

*Die Initiative galt als Pilotprojekt für eine neuartige Verbindung von Klimaschutz und Entwicklungshilfe.*

für zukünftige Generationen«. Die Regierung plant, die daraus resultierenden Einnahmen in die Armutsbekämpfung zu investieren.

Das Fördergebiet im Osten Ecuadors liegt am Rande des rund eine Million Hektar großen Yasuní-Nationalparks, der für sei-

nen Artenreichtum bekannt ist. Dort leben auch indigene Völker in freiwilliger Isolation.

Das Projekt war im Zuge der Klimaschutzverhandlungen zum internationalen Politikum geworden. Präsident Rafael Correa bot 2007 an, das Öl im Boden zu lassen, wenn die Industrieländer als Hauptverursacher des Klimawandels eine Entschädigung zahlten, die in den Schutz von Regenwald und indigener Bevölkerung gesteckt werde. Die Rede war von zehn Milliarden Dollar, verteilt auf 30 Jahre. Die Umweltschutzinitiative sollte starten, wenn 3,6 Milliarden Dollar in einen von der UNO verwalteten Fonds eingezahlt worden wären. Sie galt als Pilotprojekt für eine neuartige Verbindung von Klimaschutz und Entwicklungshilfe, doch es fanden sich kaum Geldgeber. Auch die deutsche Regierung mauerte.

Als im August 2013 nur etwa 335 Millionen Dollar zugesagt und 13,3 Millionen eingezahlt waren,

verkündete Correa per Fernsehansprache die Freigabe der Ölbohrungen. Das Parlament gab die Zustimmung zur »verantwortungsvollen Förderung«, Proteste von Umweltschützern blieben erfolglos. Aktivistin Esperanza Martinez von der Initiative Acción Ecológica warnte angesichts des Förderstarts jetzt erneut von einer Gefahr für das Leben der Ureinwohner und vor gravierenden Schäden für das Ökosystem.

### Lesen Sie morgen im wochen-nd

Großes Kino: Wie konkret sind Utopien?

Unter Anklage: Straftat Flüchtlingshilfe

Ganz unten: Ein Aktivist auf Spaniens Straßen

## Fast eine Million Leiharbeiter

Klaus Ernst: Zweiklassensystem in den Betrieben etabliert

Berlin. In Deutschland sind so viele Leiharbeiter beschäftigt wie nie. Nach Angaben der Koalition waren 2015 insgesamt 961 000 Leiharbeiter in den Betrieben tätig, mehrheitlich im Metall- und Maschinenbau. Das ergibt die Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linkspartei. Leiharbeiter werden in der Regel schlechter bezahlt als Stammbeschäftigte und nur befristet beschäftigt.

So waren 2015 knapp 50 000 Menschen mehr in Leiharbeit als 2014. In den Jahren zuvor lag die Zahl teils deutlich darunter. Das mittlere Bruttomonatsgehalt von Leiharbeitern lag 2015 bei 1700 Euro, das Durchschnittsgehalt sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter bei 2960 Euro. Dabei arbeiten zwei Drittel der Leiharbeiter unter der Niedriglohnschwelle von 1973 Euro. 5,7 Prozent stocken ihr Gehalt mit Hartz IV auf.

Der Vize-Chef der Linksfaktion, Klaus Ernst, bedauerte, dass sich »ein Zweiklassensystem etabliert« habe. Daran werde auch die von Arbeitsministerin Andrea Nahles geplante Reform nichts ändern. epd/nd

## Behindertenlobby schockiert

Regierung weist Vorwurf der »Pseudo-Beteiligung« zurück

Berlin. Vertreter von behinderten Menschen haben die Pläne der Bundesregierung für ein Bundesteilhabegesetz scharf kritisiert: Der Gesetzentwurf habe sie schockiert, weil er zu Verschlechterungen für behinderte Menschen führen würde, sagte die Geschäftsführerin der »Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland«, Sigrid Armade, dem »nd«. Bei der Vorbereitung des Entwurfs »wurde uns nett zugehört, aber offenbar ist nichts davon angekommen«.

Die Bundesregierung wies den Vorwurf zurück, es habe sich nur um eine »Pseudo-Beteiligung« gehandelt. Das Verfahren sei weit über die gesetzlichen Vorschriften hinausgegangen, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfaktion, die dem »nd« vorliegt. Ein Sprecher der Bundesvereinigung Lebenshilfe lobte das Beteiligungsverfahren, das Ergebnis sei jedoch sehr enttäuschend. Seit zehn Jahren wird in Deutschland über ein Teilhabegesetz diskutiert. Im Juni beschloss das Kabinett dann einen Entwurf. jos

## Flüchtlinge: Merkel punktet in Umfrage

CSU verschärft Konfrontationskurs

Berlin. Die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) kommt einer Umfrage zufolge bei Bürgern besser an als die Forderungen von CSU-Chef Horst Seehofer. In einer repräsentativen N24-Emnid-Umfrage erklärten 44 Prozent der Bürger, Merkel mache unionsintern die bessere Flüchtlingspolitik, nur 34 Prozent der Befragten gaben an, Seehofer habe die besseren Konzept, teilte der Fernsehsender N24 am Donnerstag mit. Im Osten Deutschlands falle die Beurteilung anders aus: Dort bevorzugten 43 Prozent der Befragten Seehofers Kurs, 36 Prozent fänden Merckels Politik besser.

Die CSU hatte mit Plänen für eine massiv verschärfte Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik ihren Konfrontationskurs zu Merkel und zum Koalitionspartner SPD untermauert. In einer Beschlussvorlage für die Parteivorstandsklausur an diesem Freitag und Samstag heißt es, es solle ein »Einwanderungsbegrenzungs-gesetz« geben. Und weiter: »In Zukunft muss gelten: Vorrang für Zuwanderer aus unserem christlich-abendländischen Kulturkreis.« nd Seite 6

ISSN 0323-3375

